



„Solidarität ist
die Zärtlichkeit
der Völker“

DIE LINKE.

Fraktion im Landtag
Mecklenburg-Vorpommern

Liebe Einwohnerinnen und Einwohner,

wir wollen ein buntes, tolerantes und welt-offenes Mecklenburg-Vorpommern, in dem die Menschen respektvoll miteinander umgehen und alle Einwohnerinnen und Einwohner die Möglichkeit haben, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten. Wir verstehen die Integration als wechselseitigen Prozess der Annäherung von Zugewanderten und Einheimischen. Das bedeutet für die Einheimischen, sich zu öffnen und das Verständnis für eine kulturelle, vielfältige Gesellschaft weiter zu entwickeln. Wir alle können unseren Teil dazu beitragen, die Gesellschaft und das Miteinander gemeinsam besser zu gestalten. Und: Wir können und sollten voneinander lernen.

Einheimische wie Zugewanderte müssen bereit sein, sich gegenseitig zu akzeptieren, sich nicht als Last zu begreifen oder als Bedrohung zu sehen. Eine Willkommenskultur im Land muss beide Seiten der Migration ernst- und mitnehmen: die Zuwanderer und die aufnehmende Gesellschaft. Menschenrechte sind unteilbar - Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker.



Peter Ritter
innenpolitischer
Sprecher



Dr. Hikmat Al-Sabty
migrationspolitischer
Sprecher

Am 26. Mai 1993 beschloss der Bundestag die Grundgesetzänderung, die das Grundrecht auf Asyl stark einschränkte. Mit dem faulen Kompromiss wurde das Asylrecht faktisch zunichte gemacht. Es gilt seither nur noch für Menschen, die nicht über einen sogenannten sicheren Drittstaat einreisen. Mit Parolen wie ‚Das Boot ist voll‘ und ‚Stopp der Asylantenflut‘ wurde in der Bevölkerung der Boden für eine inhumane Asylpolitik bereitet und die Verschlechterung der Lebenssituation von Flüchtlingen nahm ihren Anfang.

Niemand verlässt freiwillig und ohne Not für immer seine Heimat und geht in eine ungewisse Zukunft und in ein fremdes Land. Wer nach Mecklenburg-Vorpommern flieht und hier Asyl sucht, hat häufig Krieg, Verfolgung, Folter oder Todesdrohungen erlebt. Frauen waren zudem vor ihrer Flucht oft Opfer sexueller Gewalt oder von Genitalverstümmelung. Die Bundesrepublik wie die gesamte Europäische Union betreibt gegenüber Asylsuchenden und Flüchtlingen eine rigorose Abschottungspolitik. Der Umgang mit Asylsuchenden und Flüchtlingen, denen es trotzdem gelingt, in die Bundesrepublik zu gelangen, oder die schon lange als Geduldete hier leben, widerspricht humanitären Grundsätzen und internationalen Verträgen. Die Behörden versuchen alles, um diese Menschen abzuschieben, und nichts, um ihnen ein mögliches Bleiberecht zu gewähren. Die Integration von Asylsuchenden und Flüchtlingen in die bundesdeutsche Gesellschaft wird verhindert, ihre individuellen Rechte und Entfaltungsmöglichkeiten werden eingeschränkt und verletzt.

Wir fordern:

- einen effektiven Schutz von Flüchtlingen entsprechend internationaler Konventionen;
- einen anderen behördlichen Umgang mit besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen (Traumatisierte, Minderjährige usw.), der den besonderen Anforderungen dieser Personengruppen gerecht wird;
- bei Entscheidungen über die Gewährung von Asyl und Abschiebungsschutz gleichberechtigt zu den Lageberichten des Auswärtigen Amtes auch die Erkenntnisse des UNHCR und nichtstaatlicher Menschenrechtsorganisationen zu berücksichtigen;
- Flüchtlinge nicht von Integrationsmaßnahmen auszuschließen;
- eine gesetzliche Bleiberechtsregelung, die länger hier lebenden geduldeten Flüchtlingen und Asylsuchenden einen Rechtsanspruch auf Aufenthalt verschafft und ihre Integration ermöglicht;
- die Abschaffung des diskriminierenden Asylbewerberleistungsgesetzes;



Der Bundesgesetzgeber ist gefordert, das Asylrecht neu zu gestalten. Dabei darf es nicht um Abschreckung gehen, sondern es muss eine den internationalen Normen entsprechende Regelung getroffen werden.

Es ist an der Zeit für eine Umkehr.

- Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl,
- Streichung der sogenannten sicheren Herkunfts- und Drittstaaten
- faire Verfahren für Flüchtlinge sind das Gebot der Stunde,
- vollständige Aufhebung der Residenzpflicht,
- freien Zugang auch von Asylsuchenden zum Arbeitsmarkt.

Dezentrale Unterbringung

Erforderlich ist ein genereller Kurswechsel bei der Aufnahme und Betreuung von Menschen, die bei uns Zuflucht suchen.

Die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften mag für die zuständigen Behörden einfacher zu handhaben sein; für die betroffenen Menschen ist sie vor allem über längere Zeiträume allerdings unzumutbar. Diese Form der Unterbringung kann und darf deshalb künftig nur vorübergehend sein, die dezentrale Unterbringung muss Vorrang haben.

Die dezentrale Unterbringung muss mit Hilfs- und Unterstützungsangeboten in erreichbarer Nähe verbunden sein. Hier stoßen die Kommunen, die letztlich für die Unterbringung von Asylsuchenden zuständig gemacht werden, an Grenzen. Dezentralität bedeutet auch einen Mehraufwand, der sich auch im Landeshaushalt widerspiegeln muss.

Für eine wirkliche Willkommenskultur

Anträge der Linksfraktion im Landtag M-V:

Medizinische Versorgung für Asylsuchende und

Flüchtlinge verbessern - Drucksache 6/3341

„Nationalen Flüchtlingsgipfel“ einberufen -

Unterbringung und Betreuung von Asylbewerber/in-
nen, Geduldeten und ausländischen Flüchtlingen neu

regeln - Drs. 6/3342

Humanitäre Hilfe statt Waffen - Verfolgten im Irak

und Syrien Unterstützung, Schutz und Aufnahme

ermöglichen - Drs. 6/3257

Weltoffenes Mecklenburg-Vorpommern -

Flüchtlinge willkommen heißen - Drs. 6/2931

Landkreise und kreisfreie Städte bei der

dezentralen Unterbringung von Ausländerinnen

und Ausländern unterstützen - Drs. 6/ 2245

Einbürgerung von nicht-deutschen

Staatsangehörigen erleichtern - Drs. 6/1909

Für eine Willkommenskultur in Mecklenburg-

Vorpommern - Menschen mit Migrationshinter-

grund bereichern unsere Gesellschaft und unser

Zusammenleben - Drs. 6/1758

Rechte von Flüchtlingskindern stärken -

Drs. 6/1360

Asylbewerberleistungsgesetz aufheben -

Bundesratsinitiative unterstützen Drs. 6/1258

Willkommenskultur für Migrantinnen und

Migranten ausgestalten - Asylbewerberinnen

und Asylbewerber gleich behandeln -

Drs. 6/1036

DIE LINKE.

Fraktion im Landtag
Mecklenburg-Vorpommern

Herausgegeben von der Fraktion

DIE LINKE. im Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Lennéstr.1, 19053 Schwerin

Tel.: 0385 / 52 52 500

E-Mail: fraktion@dielinke.landtag-mv.de

www.linksfraktionmv.de

V.i.S.d.P.: Rasha Janew , Foto: Sören Herbst_flickr.com